

N I E D E R S C H R I F T

zur 13. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Donnerstag, den 28.06.2007.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 21:00 Uhr

Anwesend:

Von der CDU-Fraktion:

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Alexander Steiß, Manfred Möller, Matthias Happel, Elisabeth Wege, Christina Krantz, Konrad Ammenhäuser, Rainer Pfeffer

Von der SPD-Fraktion:

Kurt Barth, Werner Knobloch, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Tanja Kraft, Lothar Potthoff, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Ansgar Kraiker

Von der FDP-Fraktion:

Gunter Heuser

Von der Fraktion Freie Bürgerliste Weimar:

Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender), Helle Grün, Hans-Heinrich Schmidt, Winfried Laucht

Es fehlten:

Von der CDU-Fraktion:

Dr. Christian Dittrich, Heike Sauer

Von der SPD-Fraktion:

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Barbara Muzzolini, Hans-Herbert Pletsch

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Reinhard Ahrens

Von der FDP-Fraktion:

Dr. Olaf Stiller (Fraktionsvorsitzender)

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Muth, Stefan Bug (I. Beigeordneter), Reinhard Karber, Rainer Tägl, Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Svenja Bierl, Gerhard Baier, Dagmar Kemmerling, Helmut Wenz

Es fehlten:

Frank Dieffenbach und Helge Fuhr

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Niederschrift Nr. 12 vom 24.05.2007**
3. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;
Bericht des Bürgermeisters**
4. **Antrag des CDU-Fraktion vom 07.05.2007 auf Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur kommunalen Jugendarbeit durch den Gemeindevorstand**
5. **Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 zur wiederkehrenden Vorlage eines Jahresberichtes der kommunalen Jugendarbeit des abgelaufenen Jahres durch den Gemeindevorstand**
6. **Übergabe der innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen an den Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke**
7. **Öffnungszeiten der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)
hier.: Verlängerung der Öffnungszeiten im Kindergarten Niederwalgern und
V. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn)
über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)**
8. **Bau eines Lebensmittelmarktes in Weimar (Lahn) OT Niederweimar**
9. **Anfragen**
10. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:**1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Schriftführerin und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren 24 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Folgenden Mitgliedern der Gemeindevertretung gratulierte der Vorsitzende nachträglich zum Geburtstag:

Reinhard Karber, Karl-Heinz Kraft, Bürgermeister Volker Muth.

2. Niederschrift Nr. 12 vom 24.05.2007

Herr Reiner Sauer (SPD) führte aus, dass zu den Tagesordnungspunkten 4 b) (Mitteilungen des Bürgermeisters) und 15 (Wenkbachverlegung: Zinszahlung für die erhaltenen Fördermittel des Förderantrages „Kommunaler Finanzausgleich“) Zahlen genannt seien, die in der Niederschrift nicht wiedergegeben wurden. Daher wurde vereinbart, das Band noch mal abzuhören und die Beschlussfassung über die Niederschrift zurückzustellen.

3. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand; Bericht des Bürgermeisters

- a) Mitteilung über die Überreichung des Bewilligungsbescheides für die Errichtung der Hochwasserschutzmauer an der Lahn in Argenstein durch Herrn Minister Dietzel. Die Landeszuwendung betrage bis zu 89.820,-- €, dies seien 40 % der zuwendungsfähigen Kosten von 224.535,-- €.
- b) Beschluss über den Umbau der sanitären Anlagen bezüglich behindertengerechtes WC im DGH Wenkbach.
Bürgermeister Muth dankte an dieser Stelle dem Ortsbeirat Wenkbach und Herrn Ortsvorsteher Schmidt für die geleisteten Arbeiten.
- c) Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben anlässlich der Partnerschaftsunterzeichnung in Höhe von 300,-- €.
- d) Beschluss über die Verwaltungsvereinbarung für die Gestaltung und den Eigentumsübergang der Restflächen beim Ortseingang von Wolfshausen im Rahmen des B 3a-Lückenschlusses.
Bürgermeister Muth erläuterte weiter, dass es hier um die Gestaltung der Fläche gehe, die nach Fertigstellung des Restlückenschlusses an die Gemeinde zurückübertragen werde. Der Ortsbeirat überlege derzeit, wie die Gestaltung erfolgen solle.
- e) Beschluss über die Auftragserteilung für die Erschließungsplanung des Misch- und Gewerbegebietes Wenkbach zunächst für die Entwässerungsplanung einschl. die Vermessungsarbeiten in Höhe von 9.794,80 €.
- f) Mitteilung über die Genehmigung des Haushaltes 2007 durch den Herrn Landrat.
- g) Beschluss, die Öffnungszeiten einer Gruppe des kommunalen Kindergartens Niederwalgern, beginnend ab dem Kindergartenjahr 2007/2008, auf täglich 16.30 Uhr für zunächst auf 1 Jahr befristet auszuweiten.
Beschluss wird nur umgesetzt, wenn mindestens 12 Kinder verbindlich für einen regelmäßigen Besuch der Nachmittagsgruppe angemeldet werden.
- h) Beschluss über die Zustimmung für den Kindergartenbetriebsvertrag zwischen der ev.-luth. Kirchengemeinde und der Gemeinde Weimar (Lahn).
- i) Bürgermeister Muth gab bekannt, dass für die Gemeinde Weimar keine arbeitssuchenden Jugendlichen gemeldet seien, was sicherlich zurückzuführen sei auf das Bewerbungstraining, welches durch die Jugendpflege unterstützt werde.

4. Antrag des CDU-Fraktion vom 07.05.2007 auf Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur kommunalen Jugendarbeit durch den Gemeindevorstand

Drucksache 11/48/2007/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, erklärte hierzu, dass die Vorlage des Gesamtkonzeptes zur kommunalen Jugendarbeit abzugrenzen sei von der Stellenbeschreibung der Jugendpflege, die bereits existiere.

Das Konzept solle Auskunft geben über die pädagogischen Ansätze in der Jugendarbeit, die Häufigkeit der Begleitung Jugendlicher zu Behörden, die Maßnahmen zur Hilfestellung für Jugendliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und die Maßnahmen zur Integration von behinderten

Jugendlichen. Darüber hinaus solle eine Übersicht gegeben werden über die erstellten Internetseiten für Jugendabteilungen und Vereine. Die etwaigen Schließungszeiten der Jugendclubs seien aufzuführen und zu begründen. Schließlich sei Stellung zu nehmen zur Situation des Kinder- und Jugendbeirates und zur Beteiligung im Rahmen der §§ 4c und 8c HGO.

Der Ausschuss empfehle dem Parlament eine gleichlautende Beschlussfassung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand hat schnellstmöglichst ein Gesamtkonzept vorzulegen, aus dem nachvollziehbar hervorgeht, nach welchen konzeptionellen Überlegungen die kommunale Jugendarbeit vorgenommen wird. Es sind insbesondere die Maßnahmen herauszustellen, die neben den Ferienspielen in Nicht-Ferienzeiten vorgenommen werden. Dabei ist auch Auskunft über die entsprechenden pädagogischen Ansätze zu geben.

Insbesondere soll Auskunft gegeben werden über die pädagogischen Ansätze in der Jugendarbeit, die Häufigkeit der Begleitung Jugendlicher zu Behörden, die Maßnahmen zur Hilfestellung für Jugendliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und die Maßnahmen zur Integration von behinderten Jugendlichen. Außerdem soll jeweils eine Übersicht gegeben werden über die erstellten Internetseiten für Jugendabteilungen der Vereine. Die etwaigen Schließungszeiten der Jugendclubs sind aufzuführen und zu begründen. Schließlich ist Stellung zu nehmen zur Situation des Kinder- und Jugendbeirates und zur Beteiligung im Rahmen der § 4c und 8c HGO."

Beratungsergebnis: Einstimmig

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 zur wiederkehrenden Vorlage eines Jahresberichtes der kommunalen Jugendarbeit des abgelaufenen Jahres durch den Gemeindevorstand

Drucksache 11/49/2007/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport erklärte, dass dieser Antrag die logische Konsequenz des vorhergehenden Antrages hinsichtlich des Gesamtkonzeptes sei und in diesem Bericht die kommunale Jugendarbeit dargestellt werden soll bezüglich des zuvor festgelegten Konzeptes. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung eine entsprechende Beschlussfassung.

Bürgermeister Muth wies ergänzend darauf hin, dass die Vorlage des Berichtes für 2006, wie zunächst vorgesehen, nicht bis zur Sommerpause erfolgen könne. Dies solle zum schnellstmöglichen Termin (1. oder 2. Sitzung nach der Sommerpause) nachgeholt werden. Darauf habe man sich im Ausschuss bereits geeinigt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, jährlich während des ersten Quartals einen Jahresbericht der kommunalen Jugendarbeit des jeweils abgelaufenen Jahres vorzulegen.

2. Der Bericht für 2006 ist zum schnellstmöglichen Termin nach der Sommerpause (spätestens zur 2. Sitzung nach der Sommerpause) vorzulegen.
- 3, Die Berichte sollen, wie auch in der Gesamtkonzeption genannt, vor allem Auskunft geben über die pädagogischen Ansätze in der Jugendarbeit, die Häufigkeit der Begleitung Jugendlicher zu Behörden, die Maßnahmen zur Hilfestellung für Jugendliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und die Maßnahmen zur Integration von behinderten Jugendlichen. Außerdem soll jeweils eine Übersicht gegeben werden über die erstellten Internetseiten für Jugendabteilungen der Vereine. Die etwaigen Schließungszeiten der Jugendclubs sind aufzuführen und zu begründen. Schließlich ist Stellung zu nehmen zur Situation des Kinder- und Jugendbeirates und zur Teilhabe im Sinne der §§ 4c und 8c HGO.“

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Übergabe der innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen an den Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke

Drucksache 00/39/2007/06-11

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Kurt Barth, berichtete, dass eine Beratung im Ausschuss stattgefunden habe, allerdings eine Beschlussempfehlung nicht abgegeben wurde.

Herr Barth führte aus, dass 2 Vertreter des ZMA im Ausschuss anwesend waren und Ausführungen zu einer möglichen Übertragung machten.

In der Ausschusssitzung hätten die beiden Vertreter des ZMA die in der Vorlage vorgenommenen Ausführungen bestätigt und Aussagen hinsichtlich des Gebührensplittings getroffen. Es sei weiter zum Ausdruck gekommen, dass die einzelnen Kommunen zunächst für einen Zeitraum von 15 Jahren hinsichtlich der Kostenrechnungen einzeln geführt würden und danach der Beitrag harmonisiert werde. Weiterhin seien im Ausschuss Für und Wider diskutiert worden. So z.B. spreche für eine Übergabe die auf die Gemeinde zukommenden Arbeiten hinsichtlich der Erfassung der Kanäle im Hinblick auf die Doppik und die Gebührenerhebung durch den ZMA sowie alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Eigenkontrollverordnung. Zusätzlich würden die Schulden der Gemeinde hinsichtlich des Kanalnetzes übernommen durch einen Betrag von 10 € pro m³ eingeleiteten Abwassers.

Ein Nachteil sei sicherlich die Abgabe der Hoheit auf dem Gebiet der Gebühren. Derzeit seien die Gebühren in der Gemeinde niedriger als in allen anderen Gemeinden, die von dem ZMA betreut werden.

Allerdings käme auf die Gemeinde noch die Sanierung der im Rahmen der Eigenkontrollverordnung festgestellten Schäden zu, die sich auf ca. 2 Mio. € belaufen würden.

Darüber hinaus meinte Herr Barth, dass durch die Übergabe Arbeitsleistungen in der Verwaltung frei würden, die aufgrund der umfangreichen Arbeiten im Hinblick auf die Doppik benötigt würden. Zumindestens würde der Punkt „Erhebung der Kanalgebühren“

eingespart werden können. Er bat, in den Fraktionen möglichst bald die Angelegenheit zu diskutieren, um schnell eine Entscheidung herbeiführen zu können.

Die Angelegenheit sei vertagt worden, daher habe der Ausschuss keine Beschlussempfehlung abgegeben.

Bürgermeister Muth betonte noch einmal, dass die Kommunen einzeln abgerechnet haben, was bedeute, dass das, was in der Kommune investiert werde, auch nur dort berechnet werde. Außerdem bleibe die Gemeinde, wenn das Netz übertragen würde, Besitzer, die Zuständigkeit wechsele an den Verband und die Gemeinde erziele zur Deckung des Schuldendienstes für den innerörtlichen Kanal 10,-- € pro m³ Abwasser, das seien ca. 3 Mio. €

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

**7. Öffnungszeiten der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)
hier.: Verlängerung der Öffnungszeiten im Kindergarten Niederwalgern und
V. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn) über
die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache 31/27/2007/06-11

Der stellvertr. Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Kurt Barth, berichtete von den Beratungen im Ausschuss. Herr Barth betonte, dass aufgrund einer Elternbefragung im Ergebnis der Wunsch der längeren Betreuungszeiten deutlich wurde. Daher sei im Ausschuss über die Einrichtung einer Gruppe mit längeren Öffnungszeiten nicht diskutiert worden. Bei der Diskussion sei es lediglich um die Gebühren gegangen. Von Seiten der SPD habe es einen Antrag gegeben, die Differenz der Gebühren zwischen den gemeindlichen und kirchlichen Kindergärten beizubehalten und die Gesamtgebühr ohne die Verpflegungskosten auf 135,-- € festzusetzen. Damit würde sich im § 2c des Entwurfes des V. Nachtrages der Betrag von 60,-- € auf 50,-- € reduzieren. Diesem Antrag sei mehrheitlich zugestimmt worden.

Der stellvertr. Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses gab anschließend die formulierte Beschlussempfehlung des Ausschusses bekannt.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) regte an, in jedem Fall sowohl der Kommune als auch den Eltern eine gewisse Anlaufzeit zuzugestehen und die Gruppe zunächst auch dann einzurichten, wenn nicht gleich im ersten Jahr die erforderliche Mindestzahl von 12 Kindern am Besuch der Nachmittagsgruppe teilnehme.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Öffnungszeiten einer Gruppe des kommunalen Kindergartens in Niederwalgern, beginnend ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 auf täglich 16.30 Uhr auszuweiten und hierfür die erforderliche Personalaufstockung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

2. Die für dieses Angebot zu erhebende Gesamtgebühr wird ohne die Verpflegungskosten (Mittagstisch) auf 135,00 Euro festgesetzt. Der V. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn) über die Benutzung

der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung beschlossen.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen

3. Dieser Beschluss wird nicht umgesetzt, wenn nicht mindestens 12 Kinder verbindlich für einen regelmäßigen Besuch der Nachmittagsgruppe angemeldet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

8. Bau eines Lebensmittelmarktes in Weimar (Lahn) OT Niederweimar

Drucksache 00/42/2007/06-11

Bürgermeister Muth erklärte hierzu, dass die Unterlagen den Mitgliedern des Parlamentes mit der Einladung übersandt wurden.

Zu dem Artikel vom 22.06.2007 in der Oberhessischen Presse „Lidl möchte in Niederweimar bauen“, erklärte der Bürgermeister, dass die Gemeinde angeschrieben worden sei von der Firma Rebau. Mehrere Anbieter interessieren sich für das Grundstück neben dem Aldi im OT Niederweimar Richtung Ortsausgang Gisselberg. Neben einem zweiten Discounter gebe es auch Interesse durch einen Fachmarkt. Bürgermeister Muth erinnerte daran, dass das Thema schon einmal im Parlament diskutiert wurde. Damals sei es um das Interesse eines Vollsortimenters gegangen, jetzt gehe es um einen Discounter und einen Fachmarkt. Die Gemeindevertretung habe damals beschlossen, keinen Konkurrenzmarkt zu dem Markt in der Ortsmitte durch einen Vollsortimenter zuzulassen.

Der Versuch, auch in anderen Ortsteilen der Gemeinde einen solchen Anbieter zu etablieren, sei bisher fehlgeschlagen, da entsprechende Marktanalysen der Anbieter für die anderen Ortsteile negativ ausfielen.

Bürgermeister Muth wies darauf hin, dass beim Abwarten über eine Entscheidung, bis der neue Regionalplan in Kraft sei, die Gemeinde keine Entscheidungsmöglichkeit mehr habe, da die Gemeinde dann von der Entscheidung des Oberzentrums Marburg abhängig sei.

Selbst wenn das Parlament nun zu der Entscheidung komme, dass im Ausschuss entsprechende Diskussionen mit Informationen der Investoren erfolgen und das Parlament eine entsprechende positive Entscheidung gebe, stehe damit noch nicht fest, dass die Baumaßnahmen auch tatsächlich zur Ausführung kämen.

Sollte das Parlament die Maßnahmen ablehnen, sei jedoch von vornherein die Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen genommen.

Bürgermeister Muth wies darauf hin, dass für den Fall der Ansiedlung eines weiteren Marktes dieser auch verpflichtet werden könne zur Einrichtung eines Verkehrskreisels am Ortseingang in Niederweimar, womit dann auch eine Behebung der bisherigen „Notlösung“ erfolgen könne. Dies halte er im Hinblick auf die Vollendung des Lückenschlusses und damit der Schließung der Bahnbrücke zur Regelung des Verkehrs in den Ort nach Niederweimar für wichtig, da er davon ausgehe, dass der Verkehr von Gisselberg zur B 3 durch Niederweimar führe.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) stellte den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss und an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss zu überweisen.

Von Herrn Reiner Sauer (SPD) wurde ergänzt, dass diese Angelegenheit auch im Ortsbeirat zu beraten sei.

Herr Ansgar Kraiker (Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass es sich bei den geplanten Maßnahmen sicherlich um recht große Gebäude handele. Er wollte wissen, inwieweit gesichert sei, dass das Angebot bei einem Discounter und einem Fachmarkt bleibe oder ob evtl. in Zukunft, wenn der Anbieter merke, dass das Angebot wirtschaftlich uninteressant geworden sei, hieraus doch ein Vollsortimenter werden könne, den die Gemeinde ja eigentlich nicht haben wolle.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass diese Fragen im Ausschuss mit dem Investor und noch mit dem RP geklärt werden müssten, da dieser ebenfalls Vorgaben machen werde.

Herr Knobloch (SPD) schlug vor, die kompletten Informationen von Lidl den Gemeindevertretern, der Fraktionen oder dem Ältestenrat vorzutragen, so dass alle auf dem gleichen Informationsstand seien.

Herr Potthoff (SPD) korrigierte hierzu, dass die Firma Rebau der Investor sei, nicht die Firma Lidl, so dass die Informationen vom Investor erwartet würden.

Herr Hans J. Heuser (FBW) erklärte auf die Stellungnahme des Herrn Knobloch, dass der Ältestenrat nicht das Gremium sei, welches die Informationen des Investors bekommen sollte, da der Ältestenrat nur instrumentalisiert wurde zur Lösung von parlamentarischen Problemen, welche ja hier vorlägen. Nach seiner Meinung sollte in jedem Fall der parlamentarische Weg eingehalten werden, was bedeute, dass die Angelegenheit zunächst in den Ausschüssen zu beraten sei und dann im Gemeindeparlament.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9. Anfragen

a) Herr Potthoff (SPD) erkundigte sich, ob es neue Erkenntnisse hinsichtlich der Baugebiete gebe.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass Anfang/Mitte Juli mit den Erschließungsarbeiten in Niederwalgern begonnen werde.

Die Arbeiten im Baugebiet Niederweimar würden sicherlich ebenfalls noch in diesem Jahr aufgenommen werden können. Vor wenigen Tagen habe er mit der Hessischen Landgesellschaft diesbezüglich gesprochen, so dass er davon ausgehe, dass in nächster Zeit den Bauwilligen die ersten Grundstücke angeboten werden können.

- b) Herr Möller (CDU) erklärte, dass er in der letzten Parlamentssitzung eine Anfrage, bestehend aus 4 Einzelfragen an den Bürgermeister gerichtet habe, er auf die letzte Frage allerdings keine Antwort bekommen habe. Die Frage lautete, so Herr Möller, warum ein Bürger des OT Oberweimar früher über die Anordnung des Bürgermeisters unterrichtet wurde als der Ortsvorsteher.

Bürgermeister Muth meinte, dass Herr Möller offensichtlich die aufgestellten Blumenkübel in der Straße „Auf der Beune“ meine. Warum andere Personen früher informiert wurden als er, der Ortsvorsteher, sei ihm nicht bekannt. Die Aufstellung der Blumenkübel sei allerdings bereits vor Wochen und Monaten diskutiert worden. Die Diskussionen gingen sicherlich bis in die Zeit zurück, als er, Herr Möller, noch kein Ortsvorsteher gewesen sei. Also sei das Vorhaben bereits bekannt gewesen als er als Ortsvorsteher von dem Bürger angesprochen wurde.

Frau Knobloch (SPD) wollte in diesem Zusammenhang wissen, ob es üblich sei, dass im Gemeindeparlament Herr Möller als Ortsvorsteher diese Anfrage stellen könne.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung antwortete hierauf, dass Herr Möller Mitglied des Gemeindeparlamentes sei und entsprechende Anfragen stellen könne.

- c) Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich, ob es neue Informationen gebe hinsichtlich der Kindergartenplanung und, da sie sich der Vermeidung von Unterbringungskosten verschrieben habe, würde sie gerne wissen, ob es bezüglich der Unterbringung der Kinder während der Bauphase neue Informationen gebe und auf eine Unterbringung in Containern verzichtet werden könne.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass derzeit der Bauantrag von dem Architekten erstellt und danach eingereicht werde. Der Landkreis sei vor Wochen angeschrieben worden, ob er Interesse an dem Angebot eines Mittagstisches und eines erweiterten Betreuungsangebotes in der Grundschule habe. Leider läge der Gemeinde bis heute keine Beantwortung der schriftlichen Anfrage vor. Darüber hinaus sei angefragt worden, ob in der Grundschule eine Kindergartengruppe während der Bauphase untergebracht werden könne. Auch dazu liege keine Stellungnahme vor.

Derzeit plane die Gemeinde in enger Abstimmung mit den Trägern, 2 Gruppen in dem ev. Gemeindezentrum unterzubringen und eine andere Gruppe im Bürgerhaus Niederweimar. Die entsprechende Fachabteilung des Kreises habe eine kurzfristige Prüfung der Räumlichkeiten hinsichtlich der Unterbringung der Kinder zugesagt. Mit der Kreisschulbehörde werde derzeit geklärt, ob neben den Containern eine andere Lösung zu finden sei, was die Unterbringung einer Notgruppe oder des gesamten Mobiliars betreffe.

Es habe Gespräche gegeben, leider aber kein vorzeigbares Ergebnis. Dennoch hoffe er, in der Sitzung nach der Sommerpause akzeptable Ergebnisse vorstellen zu können.

Herr Happel (CDU) erkundigte sich, ob es nicht sinnvoll sei, mit der Schulleiterin der Grundschule Niederweimar entsprechende Gespräche zu führen, worauf Bürgermeister Muth antwortete, er wisse, in welcher Reihenfolge er die zuständigen Institutionen anzusprechen habe.

- d) Herr Barth (SPD) erklärte, dass er sich den Terminplan hinsichtlich der vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Einführung der Doppik angesehen habe. Unstreitig kämen hier auf die Bediensteten eine Menge zusätzlicher

Arbeiten zu. Teilweise hätten bereits Vorgaben erfüllt sein müssen. Er wollte von dem Bürgermeister wissen, wie der Zeitplan aussehe und wie die Verwaltung die zusätzlichen Großprojekte wie „Bau eines Kindergartens“ und „Ermittlung von Daten für die Doppik“ bewältigen könne.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass die Verwaltung qualifizierte und motivierte Mitarbeiter habe. Bereits in der nächsten Sitzung könne dann ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Diesbezüglich wolle er heute nicht vorgreifen und in der nächsten Parlamentssitzung zur Vorlage bringen. Er, der Bürgermeister, sei guter Hoffnung, dass alle anstehenden Arbeiten problemlos erledigt werden können.

10. Verschiedenes

- a) Herr Schmidt (FBW) ergänzte hinsichtlich der Mitteilungen des Bürgermeisters zu TOP 3b), dass nicht nur alle Mitglieder des Ortsbeirates sich sehr engagiert hätten bezüglich der Umbauarbeiten, sondern alle Vereine im Dorf, und ein besonderer Dank gehe an Herrn Harry Liedtke, der die Maurerarbeiten verrichtet habe.
- b) Frau Schneider (Bündnis 90/die Grünen) sprach ihren Dank an die Festgemeinschaft Allna, und hier insbesondere an die Ortsvorsteherin, Frau Wallenwein, für die Durchführung des 1200-jährigen Jubiläums des OT Allna aus. Bürgermeister Muth und Herr Hoß, der Vorsitzende der Gemeindevertretung, ergänzten den Dank mit dem Hinweis darauf, dass die Veranstaltung im Hinblick auf die schwierige Situation mit sehr viel Weitblick und Engagement durchgeführt wurde. Der Dank gelte dem gesamten Ortsbeirat und allen Beteiligten.
- c)
 1. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bat darum, dafür Sorge zu tragen, dass die Anwesenden ihre Handys während der Sitzung ausgeschaltet haben.
 2. Die Meldebogen hinsichtlich der Angabe weiterer ehrenamtlicher Tätigkeiten seien noch nicht vollständig von den Mitgliedern des Parlamentes zurückgegeben worden. Herr Hoß erinnerte an die Erledigung.
 3. Herr Hoß gab folgende Termine bekannt:
 - 08.07.2007 2. Weimarer Kinder- und Jugendtag auf dem Lern- und Experimentierfeld in Niederwalgern
 - 15.07.2007 Kinder- Kultur-Sommer
 - 04./05.08.2007 Dorfmarkt Wenkbach
 - 23.08.-25.08.2007 Jubiläumsfest 675 Jahre Argenstein
 - 01.07.2007 Sommerfest des Tierheimes in Cappel
 - 30.06.2007 Triathlon Roth, Beginn Samstag 14.00 Uhr, Anmeldung zur Teilnahme vorher nötig
 - 26.08.2007, 15.00 Uhr, Auswertung des Luftballonwettbewerbs.

Die nächsten Sitzungstermine:

20.08.2007 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport

21.08.2007 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss

22.08.2007 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

27.09. und 04.10.2007 weitere Sitzungstermine der Gemeindevertretung.

Ende der Sitzung: 21.00 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

(Heijo Hoß)

(Rita Rohrbach)